

## Manuskript

# Beitrag: Masse statt Klasse - Politik fördert Agrarindustrie

**Sendung vom 01. Februar 2011**

*Von Christian Rohde und Ulrich Stoll*

### **Anmoderation:**

Es ist immer das gleiche Spiel. Findet sich plötzlich Gift im Essen oder bricht eine Tierseuche aus, empört sich die ganze Republik. Und kurz darauf holen fast alle aus den gleichen Kühlregalen das gleiche billige Fleisch. Vergessen ist der Lebensmittel-Skandal. Vergessen auch, dass solche Pannen vor allem dann entstehen, wenn Masse statt Klasse produziert wird: Ob Schweine, Hähnchen oder deren Futter. In Deutschland wächst und gedeiht die industrielle Landwirtschaft, die Massenproduktion, wie sonst nur in wenigen Ländern der EU. Christian Rohde und Ulrich Stoll zeigen, wie die Politik der Bundeslandwirtschaftsminister aus Bayern das möglich macht.

### **Text:**

In Wietze bei Hannover entsteht der größte Hähnchenschlachthof Europas, subventioniert mit Millionen Euro EU-Fördergeldern. Anwohner wie Norbert Juretzko sind entsetzt: 135 Millionen Hähnchen sollen hier jährlich geschlachtet und zuvor gemästet werden.

### ***O-Ton Norbert Juretzko, Bürgerinitiative Wietze:***

***Um diesen Betrieb hier am Laufen zu halten, braucht man 420 Mastbetriebe, wo jeweils 40.000 Stück Federvieh gehalten werden sollen, die in einer Qualzucht über einen sehr schnellen Zeitraum großgezogen werden, und diese vielen Mastställe, die dann entstehen würden, würden natürlich hier die gesamte Region völlig verändern.***

Millionen von Hähnchen, gemästet auf engstem Raum, geschlachtet im Sekundentakt. Nicht für deutsche Verbraucher, sondern für den Export. Das nützt nur dem Fleischkonzern. Die Anwohner fürchten Güllegestank und Grundwasserverschmutzung.

Der Schlachthof erfordert hunderte neuer Mastställe. Dabei werden schon heute über 400 Millionen Hähnchen pro Jahr in Deutschland gemästet, mehr als die Hälfte davon in Niedersachsen. Allein in den Kreisen Emsland, Cloppenburg und Vechta gibt es über 30 Millionen Mastplätze. Und der Boom geht weiter in angrenzenden Regionen. Weil in Wietze Europas

größter Hühnerschlachthof gebaut wird, sollen rings um Hannover rund 16 Millionen Hähnchen-Mastplätze entstehen.

Einer der Standorte: Ein Feld in der Nähe des Dorfes Üfingen.

**O-Ton Matthias Adler, Bürgerinitiative Üfingen:**  
**Hier entsteht in den nächsten Monaten eine genehmigte Hähnchenmastanlage, die größer ist als einige Fußballfelder. Wir gucken also in diese Richtung hier und dahinten, wo der Baum steht, da endet das dann ungefähr, es geht über 100 Meter. Ein so' n Stall geht über hundert Meter.**

Dabei hieß es nach vielen Skandalen: Weg von der Massentierhaltung. Doch seit sechs Jahren, seit dem Ende von Rot-Grün im Bund, boomen die Mastställe. 20 Hühner pro Quadratmeter, in 35 Tagen bis zur Schlachtreife gemästet.

Die Üfinger müssen das hinnehmen. Neue Gesetze begünstigen die Tierfabriken.

**O-Ton Matthias Adler, Bürgerinitiative Üfingen:**  
**Man wendet einen Trick an. Man sagt hier also: Das ist privilegiertes Bauen, weil es eben um kleinbäuerliche Landviehhaltung geht, was natürlich bei 84.800 Tieren durch uns kaum zu glauben ist.**

Der Trick: Tierfabriken zählen nicht mehr zur Industrie, sondern zur Landwirtschaft. Und Landwirte dürfen dort bauen, wo es der Industrie verwehrt ist.

Im Baugesetzbuch hieß es früher:

**Zitat:**  
**„Landwirtschaft...ist...Tierhaltung auf überwiegend eigener Futtergrundlage.“**

Das heißt: früher musste ein Bauer seine Tiere vorwiegend mit selbsterzeugtem Futter ernähren.

Jetzt steht im Gesetz:

**Zitat:**  
**„Landwirtschaft...ist...Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den...landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann.“**

Und so werden Massentierhalter, die nur Industriefutter verwenden, zu Bauern mit Bauprivilegien.

Die Folge: Immer mehr Tiere, immer mehr Ställe.

Und die betroffenen Gemeinden können das nicht verhindern.

Landräte wie Franz Einhaus sind hilflos.

**O-Ton Franz Einhaus, SPD Landrat Peine:**  
**Das Baugesetzbuch hat sich verändert. Der Begriff der Landwirtschaft wurde erweitert und in diesem Zuge muss man schon feststellen, dass unsere Steuerungsmöglichkeiten eingegrenzt wurden.**

Wir treffen einen Landwirt in der Nähe von Wietze. Er besitzt Flächen, die aufgrund des neuen Baugesetzes mit einem riesigen Maststall bebaut werden könnten. Prompt bekam er Besuch von der Agrarindustrie.

**O-Ton Landwirt (Wortprotokoll):**  
**Zwei Leute kamen auf meinen Hof und boten mir an, als Strohmann für sie eine Hähnchenmastanlage für 400.000 Tiere zu bauen, da ich aufgrund meiner Flächen zum privilegierten Bauen berechtigt war. Im Gegenzug wurden mir mehrere tausend Euro monatlich angeboten, ohne mich mit Arbeit und Kapital an der Anlage beteiligen zu müssen.**

Er lehnte ab – wohl eher die Ausnahme.

Auch in Alt-Tellin in Mecklenburg-Vorpommern fürchten die Bürger Gestank und umweltschädliche Gülle, diesmal durch Schweinemast. Auf dem Gelände einer alten DDR-Mastanlage ist eine neue Agrarfabrik genehmigt worden.

**O-Ton Jörg Kröger, Bürgerinitiative Alt-Tellin:**  
**Also 65 000 Tiere bedeutet ein Ausmaß an Gülle-Anfall, wo man eine Fläche nachher braucht von ungefähr 5000 Hektar, um allein diese Gülle loszuwerden, und 5000 Hektar, da ist die ganze Region betroffen.**

Die Gülle landet als Dünger auf den Feldern. Schon jetzt ist Deutschland stark überdüngt. Trotzdem hat die Bundesregierung 2006 die Düngeverordnung gelockert. Wer zuviel Gülle auf die Felder kippt, wird nicht mehr bestraft, obwohl dadurch zuviel Nitrat und Stickstoff ins Grundwasser gelangen.

Die Nitratkonzentration an jeder zweiten Mess-Stelle in Deutschland ist zu hoch, die Wasserqualität schlecht, so der Nitratbericht der Bundesregierung. In Regionen mit Massentierhaltung steigt die Belastung sogar weiter stark an.

**O-Ton Jochen Flasbarth, Präsident Umweltbundesamt:**  
**Insgesamt sind die Stickstoff-Austräge in Deutschland nach wie vor viel zu hoch. Das ist das Umweltproblem, das bislang noch nicht zufriedenstellend gelöst worden ist, und da spielt die Landwirtschaft die zentrale Rolle.**

Die Förderung der Massenställe macht Deutschland zum

Umweltsünder.

Die Europäische Kommission wirft der Regierung bei den Nitrat-Grenzwerten eine Überschreitung um sechs Prozent vor. Dazu Überschreitung der Höchstwerte für Stickstoffoxide.

Deutschland droht ein Vertragsverletzungsverfahren.

Dazu wollen wir auf der Grünen Woche in Berlin

Landwirtschaftsministerin Aigner befragen. Denn auch sie steht für eine industriefreundliche, aber umweltschädliche Politik,

**O-Ton Frontal21;**

**Deutschland hat zu hohe Nitratwerte. Und es droht jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren. War das ein Fehler, auf die konventionelle Landwirtschaft zu setzen?**

Auch auf unsere schriftliche Anfrage antwortet ihr Ministerium nicht.

Das Ministerium präsentiert sich lieber mit eigenem Öko-Stand auf der Grünen Woche, gibt sich als Partner der Bio-Bauern. 2002 hatte Rot-Grün ein eignes Bundesprogramm für den Öko-Landbau aufgelegt. Das Ziel: 20 Prozent Öko-Landwirtschaft.

**O-Ton Jochen Flasbarth, Präsident Umweltbundesamt:**

**Das Ziel, 20 Prozent Ökolandbau in unserem Land zu erreichen, gibt es nach wie vor und es ist auch ein richtiges Ziel, jedenfalls der Richtung nach, weil die Ökolandbaubetriebe insgesamt weniger Stickstoffeintrag mit sich bringen.**

Doch bis jetzt sind noch nicht einmal sechs Prozent der Landwirtschaft in Deutschland Öko-Betriebe.

Und was macht die Regierung?

11. November 2010, Sitzung des Haushaltsausschusses. Union und FDP öffnen den Fördertopf Öko-Landbau auch für die Agrarindustrie. Die kann jetzt Öko-Förderung genießen, wenn sie sich für nachhaltig erklärt.

Für Bio-Bauern eine Abkehr von der Öko-Landwirtschaft.

**O-Ton Felix Prinz zu Löwenstein, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft:**

**Wenn das Bundesprogramm Ökolandbau jetzt de facto für die komplette sonstige Landwirtschaft offen ist, weil eine Eingrenzung von nachhaltig gibt's da ja nicht, dann heißt das eine Kürzung des Engagements für den ökologischen Landbau. Und das ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen.“**

Immer größer, immer schmutziger. Die Agrarindustrie boomt, mit tatkräftiger Unterstützung der Regierung.

**Abmoderation:**

Für Lebensmittel mit höherer Qualität mehr zu bezahlen - dazu wären 79% der Bürger nach eigenen Angaben bereit. Nur 19% lehnen das ab. Doch die Wirklichkeit im Supermarkt widerspricht den Umfragen: Die Deutschen haben den Ruf, sich billig zu ernähren.

**Zur Beachtung:** Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.



**Frontal21**

---